

Die Schrift an der Wand

Zum Stand der deutsch-israelischen Beziehungen

Bereits auf den ersten Blick erweisen sich die Beziehungen zwischen Deutschland und Israel als komplexes, in historische und weltpolitische Zusammenhänge verwobenes Thema mit Neigung zur Emotionalisierung, zum Rückfall in Vorurteil und rückwärtsgewandte Reflexion. Als ein Thema, zu belastet, zu leicht ins Tagespolitische und Ungewisse führend, als dass man sich „leichten Herzens“ auf seine schriftliche Darstellung einließe. Deutschlands und Israels Interessen stehen sich im heutigen weltpolitischen Kontext nicht selten diametral gegenüber. Von der früheren Annäherung in Adenauers und Ben Gurions Tagen scheint kaum mehr geblieben als Erinnerung.

Verbreitete Annahme ist, der „Palästinenser-Konflikt“ oder, allgemeiner, das Verhältnis zwischen Israel und den arabischen Staaten, sei der entscheidende Grund der heutigen deutsch-israelischen Misstimmungen. In Wahrheit waren die Beziehungen der beiden deutschen Nachkriegsstaaten zu dem am 15. Mai 1948 gegründeten jüdischen Staat von Anfang an schwierig, schwankend, von größeren politischen Zusammenhängen abhängig – etwa vom Verhältnis der sie jeweils protegierenden Großmacht zum Staat der Juden –, zudem vom Holocaust, von der Katastrophe der deutsch-jüdischen Diaspora und länger zurückliegenden historischen Ereignissen, folglich von dem, was man „Vergangenheitsbewältigung“ nennt und was sich in beiden deutschen Staaten sehr unterschiedlich, auch innerhalb eines jeden keineswegs harmonisch entwickelte.

Ambivalente Haltungen in der Bundesrepublik

In der alten Bundesrepublik gehörte „Vergangenheitsbewältigung“ zu den zentralen Anliegen des geistig-gesellschaftlichen Lebens. Spätestens seit 1968 war es für deutsche Intellektuelle obligatorisch darüber zu lesen, nachzudenken, zu diskutieren, öffentlich Stellung zu beziehen. Die selbstauferlegte Verpflichtung bestimmte rund zwei Jahrzehnte die geistige Atmosphäre, etwa bis zur Wiedervereinigung. Sie hatte ihrerseits, in ihrer Totalität und allgemeinen Verabredung, nicht

selten etwas Unheimliches. Doch sie veränderte das geistige Klima Deutschlands ohne Zweifel zum Guten, in Richtung Toleranz, Offenheit, geistige Beweglichkeit. Die „Aufarbeitungs“-Ära zeitigte eine Flut von aufklärenden Publikationen und wissenschaftlichen Untersuchungen, von Gewissenserforschung und Sühnebereitschaft gegenüber dem jüdischen Volk.

Früh hatte Konrad Adenauer die entscheidenden Zeichen gesetzt, was das offizielle Verhältnis der Bundesrepublik zum Staat der Juden betraf: sein aus christlichem Ethos motiviertes Bemühen um Versöhnung und Entschädigung führte bereits im Jahre 1952 zu vertraglichen Regelungen zwischen den beiden Staaten, den Abkommen für „Wiedergutmachung“. Es sei, erklärte Adenauer 1951, „die vornehmste Pflicht des deutschen Volkes, im Verhältnis zum Staat Israel und zum jüdischen Volk den Geist wahrer Menschlichkeit wieder lebendig und fruchtbar werden zu lassen.“ (1)

Adenauer, ein entschiedener Gegner des NS-Regimes, hatte seinerseits keine inneren Hindernisse zu überwinden, als er diesen Weg einschlug. Wie seine klare Haltung gegenüber den Nazis, die ihn zeitweise sogar ins Gefängnis brachte, leider nicht repräsentativ für die meisten Deutschen seiner Tage war, so auch nicht seine positive Einstellung zum Staat der Juden. Offenen Widerstand gegen die Politik der „Wiedergutmachung“ gab es zwar nur von Seiten einiger marginaler Gruppen, doch zeigten spätestens die 90er Jahre mit ihren anti-israelischen Kundgebungen, dass Sympathie zum Staat Israel keine wirklich sichere Basis in der Bevölkerung oder bei den Vertretern der „öffentlichen Meinung“ gefunden hatte.

Insgesamt lässt sich in der Geschichte der „alten Bundesrepublik“ beobachten, dass ein positives Verhältnis zu Israel eher Anliegen christlich-konservativer als linker Kräfte blieb. Die „Neue Linke“ fand, trotz Verdammung des Antisemitismus der Nazis und ihrer Vorläufer, bald ihrerseits Vorbehalte gegen den jüdischen Staat. Ihre Anhänger sahen in Israel einen „Satelliten der amerikanischen Globalpolitik“ – eine Haltung, von der viele ihrer inzwischen zu Macht und Einfluss gelangten Vertreter niemals abgegangen.

Emotional verwirrend schienen für manche Deutsche die Siege der Juden in den ihnen aufgezwungenen Kriegen, die nicht zum tradierten Bild vom Juden passten. Der Umstand, dass diese

Kriege Verteidigungskriege (wenn auch gelegentlich präventiv geführte) gegen zahlenmäßig weit überlegene Gegner waren (2), erschwerte offene Verurteilung. Dennoch bildeten sich, namentlich in der deutschen Linken, grundsätzliche Vorbehalte gegen Israels militärische Aktionen. Die Haltung gegenüber Israel blieb von da an gespalten: zwar lebten dort Juden, denen man Sühne und „Wiedergutmachung“ schuldig zu sein meinte, andererseits zeigten diese Juden nicht mehr das gewohnte Rollenverhalten, „Opfer der Geschichte“ zu sein.

Die mentale Verbindung Jude – Opfer scheint vielen Deutschen so selbstverständlich, dass der Anblick von Juden in der Rolle militärischer Sieger jedes Mitgefühl in Aversion umschlagen lässt. Eine Verurteilung Israels als eines aggressiven, expansiven, okkupanten Staates, Verletzers des Völkerrechts und Störers des „Weltfriedens“ besteht seither besonders bei der deutschen Linken als *continuum*, nicht selten in schizoider Verknüpfung mit einem sentimentalsten Philosemitismus gegenüber den jüdischen Opfern der Vergangenheit.

Israel-Bild der DDR

Sehr viel einfacher war das Verhalten der DDR zum jüdischen Staat: ganz von der weltpolitischen Interessenlage der Sowjetunion bestimmt, also durchweg negativ (Wenn auch nicht sofort: die Sowjetunion war unter den ersten Staaten, die Israel 1948 diplomatisch anerkannten, legte sich dann aber, mit Überhandnehmen von Stalins Juden Hass, später durch ihre pro-arabische Bündnispolitik, auf eine strikt anti-israelische Linie fest, die sie bis zu ihrem Ende beibehielt). Über den in der Sowjetunion herrschenden Antisemitismus und das *de facto* herrschende Verbot jüdischer Religionsausübung haben von dort emigrierte Juden ausführlich berichtet (3). Seit den sechziger Jahren kämpften westliche Juden und Menschenrechtsgruppen um ihre Freilassung, die zur allmählichen Ausreise hunderttausender sowjetischer Juden in westliche Länder, vor allem nach Israel führte.

In der DDR war zum Topos Judentum bis in die achtziger Jahre weitgehend Schweigen verhängt, das Wort halbwegs tabuisiert, im offiziellen Sprachgebrauch allenfalls in Verbindung mit sozialistischen oder „antifaschistischen“ Haltungen zugelassen. Jüdische Kontinuität, jüdischer Nachwuchs im Sinne religiöser

oder nationaler Zugehörigkeit verbot sich in einem strikt atheistisch und „internationalistisch“ definierten Staat von selbst (4). Die von der Staatssicherheit kontrollierten Jüdischen Gemeinden der DDR waren allmählich aussterbende Gebilde zu Vorzeige-Zwecken und zur Überwachung eventuell aufkommender jüdischer Aktivitäten (5). Zionismus galt seit der „Kosmopolitismus“-Kampagne in der UdSSR, der sogenannten „Ärzte-Verschwörung“ und den Prozessen gegen jüdische Kommunisten in Prag und Budapest als Synonym für reaktionäre Umtriebe. Auch die sowjetische Propaganda ging von jüdischen „Weltherrschaftsplänen“ aus und sah in Israel eine im weltpolitischen Kontext negative Größe. „Man hielt uns dazu an“, schrieb ich im Frühjahr 1989, „mit dem Wort ‚Israel‘, hinter dem unausgesprochen das Wort ‚Judentum‘ stand, das Gefühl von Unfrieden, Störung und Destruktion zu verbinden, somit, ohne dass wir es wussten, eines der volkstümlichen Vorurteile, aus denen sich seit Jahrhunderten der Antisemitismus nährt.“ (6)

Viele in der DDR aufgewachsene Deutsche leiden bis heute, was alle Aspekte jüdischer Geschichte, Religion und Kultur, besonders alle mit dem Staat Israel verbundenen Fragen betrifft, unter einem Bildungsdefizit, das selbständige Meinungsbildung unmöglich macht. Das gilt fast durchweg für die Älteren, denen während der vier Jahrzehnte DDR so gut wie alle Information auf diesem Gebiet verweigert wurde. Nicht einmal historische Quellen waren zugänglich (die öffentlichen Bibliotheken der DDR erlaubten nur ausgewählten Personen Zugang zum gesamten Bücherbestand), an Neuerscheinungen zu solchen Themen kaum zu denken, offene Diskussion dieser Fragen nicht einmal in den jüdischen Gemeinden erlaubt. Erst in ihren letzten Jahren, als die SED versuchte, aus politischen Gründen Beziehungen zum Jüdischen Weltkongress aufzubauen (7), gab es in Ost-Berlin einen Rabbiner (wenn auch auf entwürdigende Weise von der Staatssicherheit überwacht), erste *Bar Mizvot*, zaghafte jüdische Studien und andere Anzeichen wiedererwachenden jüdischen Lebens.

Staatlich gefördertes jüdisches Leben – ein Alibi?

Seither ist viel zur Revitalisierung jüdischen Lebens geschehen, sowohl im Osten als auch im Westen Deutschlands. Mehrere

Zehntausend russische Juden wurden ins Land geholt und existentiell versorgt (wobei Gemeindepräsidenten und Rabbiner klagen, dass deren Interesse am Judentum gering bleibe, auf geglückte Einbürgerung und Sozialisierung oft der Gemeindeaustritt erfolge, überhaupt der Vorgang eher Alibi-Charakter trage). Die Zahl der jüdischen Studieneinrichtungen ist erheblich gestiegen, Synagogen wurden kostspielig wiederhergestellt, an mehreren Universitäten gibt es Institute für Judaistik, in Berlin sogar eine erste *jeshivah*. Auch an christlich-theologischen Fakultäten scheint, verglichen mit früher, größeres Interesse am Judentum zu bestehen. Dennoch bleibt die Zahl der Deutschen, die durch Aneignung von Wissen die gängigen Stereotype über Juden und Judentum zu überwinden suchen, gemessen an der Gesamtbevölkerung gering.

Diese Aussage mag erstaunen angesichts der großen Präsenz „jüdischer Themen“ in den Medien und der öffentlichen Diskussion. Doch Kult um die jüdischen Opfer ist nicht dasselbe wie Interesse am Judentum. Die zahlreichen Museen und restaurierten Friedhöfe, die jahrelangen Debatten um eine „Holocaust-Gedenkstätte“, die Flut dem Massenmord gewidmeter Bücher, Filme, Erinnerungen, die gern und oft gezeigten Fotos jüdischer Leichen erwecken, von außen gesehen, einen eher zwiespältigen Eindruck. Das rituelle Beschwören der Toten verdeckt nicht selten den Blick auf die Lebenden. Es wirkt nicht nur als Substitut für echte Teilnahme an einem lebendigen Judentum, vor allem am jüdischen Staat, sondern als ein die gesamte Aufmerksamkeit absorbierendes, mit festlichem Pathos verbundenes, unterbewusst mit allem Jüdischen assoziiertes Motiv: Judentum umweht vom *sensus moriendi*, als etwas unweigerlich Todgeweihtes, wie vordem schon christlicher Antisemitismus zu suggerieren versuchte. „Mitgefühl mit den Juden heißt hier: Ablehnung ihres vitalen Staates, tägliches Beschwören ihrer Opferrolle, unablässiges Festlegen auf Auschwitz als den passenden Ort.“ (8)

Falls im heutigen Deutschland größere und weiter verbreitete Aufgeschlossenheit gegenüber jüdischen Themen besteht als früher – und gemeint ist lebendiges, zum Überleben entschlossenes Judentum, nicht jüdische Massengräber – betrifft sie jedenfalls nicht den Staat Israel. Was diesen angeht, stand bereits die deutsche Wiedervereinigung in einem eindeutig

negativen Zeichen. Der erste Golfkrieg 1991 rief eine anti-amerikanische und anti-israelische Bewegung hervor, nicht so machtvoll zwar wie anlässlich des zweiten, auch noch nicht offiziell von der Bundesregierung angeführt, allein der Tatbestand war bereits der nämliche: obwohl alle Welt um die Verbrechen Sadam Husseins wusste, auch, dass er Israel, das heißt lebende Juden, mit Raketen und Giftgas bedrohte, galt die geballte Solidarität der deutschen Intellektuellen, der meisten Medien und nicht weniger Politiker dem Staat des irakischen Despoten, nicht dem der Juden.

Für ehemalige DDR-Bürger war es eine erste, prägende Erfahrung mit westdeutscher Demokratie, im Besonderen mit westdeutscher Protestkultur. Der Protest galt dem Staat Israel, der nicht anders verurteilt wurde als aus DDR-Zeiten bekannt, als „Aggressor“ und „Störer des Weltfriedens“. Hier zeigte sich den sonst von Brüchen Verstörten eine beruhigende Kontinuität, eine der wenigen beständigen Konturen in ihrem Weltbild: der Staat Israel blieb friedensfeindlich, daher verurteilungswürdig. Heute scheint es, als gehörten anti-israelische, mittlerweile auch anti-amerikanische Gefühle zu den wenigen emotionalen Aufwallungen, die Ost- und Westdeutsche noch gemeinsam bewegen. Falls dem so ist, müssen sich populistische Politiker aufgefordert fühlen, es von Neuem mit judenfeindlichen Klischees zu versuchen.

Andererseits besteht kein Zweifel an den Bemühungen vieler Deutscher, das Erbe der Judenverfolgungen zu überwinden und sich mit der gemeinsamen deutsch-jüdischen Vergangenheit auseinander zu setzen. Trotz weitgehender Verurteilung Israels in den Medien und der „öffentlichen Meinung“ gibt es in keinem europäischen Land eine so treue Pro-Israel-Szene wie in Deutschland. Die Gründe dafür sind vielschichtig: sicher hat die besondere Sensibilisierung durch die deutsch-jüdische Katastrophe damit zu tun und die Einsicht in die zerstörerischen (und zugleich selbstzerstörerischen) Folgen des Antisemitismus. Deutschland hat in viel stärkerem Maß als andere Länder zu spüren bekommen, wie verhängnisvoll Juden Hass ist. Viele Deutsche bemühen sich in diesem Sinn um ein Überwinden der verhängnisvollen Stereotype des Anti-Judaismus.

Das Bedürfnis, mit den Brüchen deutsch-jüdischer Geschichte zurecht zu kommen, existiert auch auf jüdischer Seite. Juden

lebten auf dem Gebiet des heutigen Deutschland mindestens seit dem vierten christlichen Jahrhundert, seit die jüdische Gemeinde Köln urkundlich ist (10), vermutlich schon längere Zeit vorher, vor allem im Süden, entlang des Rheins, überall dort, wo römische Truppen lagen. Ihre Vertreibung und Vernichtung in der Nazi-Zeit beendete eine der ältesten Diaspora-Kulturen der Welt. Was immer in diesen rund eintausendsechshundert Jahren den deutschen Juden an Judenhass, Zurücksetzung, Verfolgung geschehen ist, es handelte sich dennoch um ein fruchtbares Zusammenleben, über längere Perioden wenigstens, mit einer in den letzten anderthalb Jahrhunderten weitgehenden Assimilation von jüdischer Seite. Ihren Höhepunkt fand diese Symbiose in den sogenannten „Goldenen Jahrzehnten“ der deutschen Juden zwischen 1871 und 1933. Das wilhelminische Reich kam unter entscheidender Mithilfe jüdischer Bürger zustande, etwa des Barons von Bleichröder und anderer Wirtschaftsleute, die den Krieg von 1870 finanzierten. Was man 1933 leichtfertig zerstörte, verursachte „Verlustschmerz“ auf beiden Seiten. Lange noch hingen deutsche Juden in fernen Ländern an der „deutschen Kultur“, hörten Bach und Richard Wagner, lasen Goethe und Thomas Mann.

Phantasma „Weltfrieden“

Die hier skizzierten tieferen Gründe deutsch-israelischer Verstimmungen sind weitgehend von tagespolitischer Erregung überlagert, daher dem „öffentlichen Bewusstsein“ entfallen, vergessen oder verdrängt, und wirken unterschwellig umso stärker. Europäische Standpunkte zum Thema Israel sind oft emotionsgeladen und werden zum Auslöser erbitterter Debatten. Bis der Irak-Krieg einen Teil dieser Emotionalität hinwegnahm, waren deutsche Frustrationen über einen von eigenen Wunschvorstellungen abweichenden Verlauf der Weltpolitik zunehmend, manchmal fast ausschließlich auf Israel gerichtet: als hinge von diesem kleinen, noch jungen Staat der „Weltfrieden“ ab.

Ich setze dieses Wort in Anführungszeichen, weil es eigentlich als Terminus der Tagespolitik fehl am Platze ist. „Weltfrieden“ ist ein religiöser, messianischer Topos. In der Tagespolitik soll er einen Zustand bezeichnen, der durch menschliches Wirken herbeizuführen sei. Er ist mit der Forderung verbunden, das Ziel all unserer Bemühungen müsse darin bestehen, „Weltfrieden“

herbeizuführen. Die Forderung beruht auf der falschen Voraussetzung, Frieden gehöre, juristisch gesprochen, zu unseren „absoluten Rechten“. Fraglos ist Frieden ein anzustrebender Zustand, sogar allgemeiner, verbreiteter Frieden, wie allgemeine Gerechtigkeit, allgemeine Gesundheit, doch weiß jeder erwachsene Mensch, dass Frieden auf einem Übereinkommen mit Anderen beruht, also allenfalls „relatives Recht“ darstellt. In Wahrheit hat „Weltfrieden“ in der Geschichte der Menschheit nicht einen Tag existiert. Eine „multipolare Weltordnung des Friedens und des Rechts“ (11), wie sie etwa der deutsche Bundeskanzler Schröder gegen die amerikanische Militäraktion im Irak beschwor, ist ein illusionärer Zustand, der nicht um des Friedens als um ganz anderer Vorteile willen behauptet werden soll. Fälschlich wird dieser erhoffte Zustand mit dem realen *status quo* gleichgesetzt, der *status quo* auf diese Weise idealisiert und schließlich als etwas empfunden, das um keinen Preis verändert werden darf.

Die Angst vor einer Veränderung des *status quo* wird schließlich so groß, dass sie elementare Erwägungen der eigenen Sicherheit außer Kraft setzt. Um einer Illusion willen wird Naheliegendes und Sinnvolles unterlassen. Das Sinnvolle wird sogar – aus vermeintlicher „Überzeugung“ – in Bausch und Bogen verworfen. Diese Art „Friedenspolitik“ vernachlässigt elementare Forderungen der eigenen Existenz, der eigenen Stabilität und Zukunftssicherung, führt dadurch eine Verunsicherung der Lage herbei und wird am Ende eher zu einer Gefahr für den Frieden als zu der erhofften Garantie.

Die Obsession auf diese Art Politik ist kein deutsches Phänomen. Sie liegt der europäischen Politik gegenüber den islamischen Staaten seit längerem zugrunde (12). Wie sich gezeigt hat, ist es eine weltweit verbreitete Neigung: die Protestwelle gegen den seit dem 11. September 2001 unvermeidlichen *War on Terror* ging rund um den Erdball. Im Verlauf massenhaften Aufbegehrens gegen etwas historisch Unvermeidliches wurde ignoriert, dass sowohl Israel als auch die USA – die als Störer des „Weltfriedens“ deklarierten Staaten – aus Defensiv-Positionen, also aus Notwendigkeit handelten. Besonders Israel wurde von den arabischen Staaten und der mit ihnen verbundenen Europäischen Union in einer Weise stigmatisiert, die alles Bisherige übertraf.

Deutschland handelt dabei im Rahmen seiner heutigen politischen Einbindungen, wie sich etwa das pro-israelische Verhalten früherer Bundesregierungen aus der Allianz mit den USA oder die feindselige Haltung der DDR aus der respektiven Verbindung zur Sowjetunion ergeben hatte. Die gegenwärtige deutsche Außenpolitik ist den Bemühungen um gemeinsames europäisches Handeln unterworfen, von daher der „deutsche Anteil“ an der oft feindseligen Haltung der Europäischen Union gegenüber Israel schwer auszumachen.

Weltpolitischer Kontext

Das heutige deutsch-israelische Verhältnis ist von wirtschaftlichen Gegebenheiten bestimmt, so klar und scheinbar unentrinnbar, dass ihre Wahrnehmung pessimistisch stimmen könnte, wüssten wir nicht, dass auch diese Situation, wie jede in der Geschichte, nur vorübergehend ist. Die palästinensische Politikerin Hanan Ashrabi brachte die heutige Situation auf die Formel: „Die Europäer brauchen uns, etwa unser Öl und den arabischen Markt (...) Die Europäer haben in den Friedensprozess investiert (...) Es ist sicher, dass alles, was in unserer Region passiert, Auswirkungen auf Europa haben wird“ (13). In diesen wenigen Sätzen sind die kausalen Zusammenhänge enthalten: eine Ökonomie wie die deutsche auf arabisches Öl angewiesen, zudem Export-abhängig, auf der Suche nach Absatzmärkten, folglich an einer „Friedensordnung“ im Sinne der arabischen Staaten interessiert, sogar genötigt, in sie zu „investieren“, was die Abhängigkeit noch erhöht.

Deutschland hat es dabei mit unberechenbaren Partnern zu tun, die sich ihr Handeln nicht durch demokratische Mühen erschweren. Für ihre Gegenleistungen oder auch nur das Einhalten versprochener Bedingungen besteht kaum Gewähr. So wurden europäische Hilfsgelder, die eigentlich für den Aufbau eines palästinensischen Staates bestimmt waren, von Arafat und seinen Satrapen beiseite geschafft und veruntreut. Ein großer Teil dieser Gelder floss in den Terror gegen Israel. Noch größere Summen verloren Deutschland und andere europäische Staaten an das Regime des irakischen Diktators Saddam Hussein. Auch Investitionen in andere arabische Länder werden oft nur zum Teil bezahlt (14).

Es fällt schwer, im Einzelnen zu rekonstruieren, wie die Europäische Union unter deutsch-französischer Führung in die Fahrwasser sowjetischer Nahostpolitik abdriftete, wie sie zum Fortsetzer der sowjetischen Rolle im Mittleren Osten werden konnte, wie sie folglich auch die Kalamitäten und programmierten Desaster dieser Politik zu gewärtigen hat: mit instabilen arabischen Regimes verbunden, folglich zum Gegner Israels, inzwischen auch der Vereinigten Staaten werdend, erpressbar durch abenteuerliche Gestalten wie Saddam oder Arafat. In dem Maße, wie einige Vordenker der Europäischen Union in großkontinentalen, „eurasischen“ Dimensionen zu spekulieren

beginnen, (erster entscheidender Schritt in diese Richtung wäre eine Aufnahme der Türkei in das europäische Bündnis), wird sich die fatale Ähnlichkeit zur früheren sowjetischen Politik noch verstärken.

Wer Deutschland in Zukunft mehr Handlungsfreiheit wünscht, hofft auf größere Veränderungen, teils im weltpolitischen Kontext, teils durch vorausschauende deutsche Politik, etwa ein Übergehen zu alternativen Energiequellen, die zu einer Befreiung aus arabischer Abhängigkeit führen könnten, oder zu neuen, außer-arabischen Absatzmärkten. Angesichts der in der letzten Zeit stark veränderten Situation im Mittleren Osten wäre es kurzsichtig, sich auf einen *status quo* zu versteifen, der für Deutschland nicht einmal günstig ist.

Die Palästinensische Tragödie

Im Vordergrund des Konflikts zwischen Israel und den arabischen Nachbarstaaten steht die Frage der Palästinenser, die über mehre Länder des Mittleren Ostens verstreut, in den umstrittenen Gebieten West-Jordan-Land, Gaza, aber auch in zahlreichen Flüchtlingslagern in Jordanien und Syrien leben. Der Begriff „Palästinenser“ ist im heutigen Sprachgebrauch weniger geographisch oder ethnisch geprägt, sondern fast durchweg politisch.

Der palästinensische Konflikt, obwohl auf einen schmalen Raum beschränkt, erlangte entscheidende Wirkung auf die internationale Situation. Lange Zeit symbolisierte der Führer der in den sechziger Jahren gegründeten „Palästinensischen Befreiungsorganisation“ Yasir Arafat das weltweite Aufbegehren unterdrückter Nationen gegen eine amerikanisch-westliche Vorherrschaft. Arafats götzenhaft gleichbleibende, in *keffiyeh* und stalinistische Litevka gekleidete Figur war für viele – auch viele Intellektuelle des Westens – eine der letzten Ikonen der „revolutionären Weltbewegung“, später einer Bewegung gegen die gefürchtete „Globalisierung“.

Dabei gab Arafat, nüchtern besehen, zu solchen Hoffnungen kaum jemals Grund. Seine Methode war von jeher der politische Terrorismus, durch ihn wurden Bombenattentate, Geiselnahme und Erpressung zu bestimmenden Ereignissen der Tagespolitik. Seine auf blutiger Gewalt und Korruption errichtete

„Palästinensische Autonomiebehörde“ war nie etwas anderes als eine vorzeitliche Despotie, von daher ganz untauglich als Galionsfigur des „Sozialismus“ oder einer anderen „gerechten Ordnung“. In Wahrheit hat die Unterstützung Arafats und seiner terroristischen Netzwerke der palästinensischen Bevölkerung schwer geschadet, ihre Entwicklung aufgehalten, über Jahrzehnte ihre Zukunft verbaut. Die Arafat anvertrauten Milliarden europäischer Institutionen wurden nicht zum Aufbau demokratischer Strukturen oder zur „Lebenserleichterung“ der Palästinenser verwendet, sondern für die Bewaffnung schattenhafter Sicherheitsdienste und den Terror gegen Israel. Hanan Ashrabi konnte es 1998 mit ihrem „Gewissen nicht mehr vereinbaren, Mitglied des Arafat-Kabinetts zu sein“. Sie trat mit der Begründung zurück: „Ich meine, dass wir als aller Erstes sicherstellen müssen, das Fundament für ein wirklich demokratisches System zu legen. Ein pluralistisches System, dessen Basis die Gesetze und der Respekt der Menschenrechte sind (...) Leider ist davon bis heute nichts umgesetzt.“ (15)

Vom Standpunkt der vielbeschworenen „politischen Vernunft“ mutet es unbegreiflich an, wie man Arafat einen eigenen Staat versprechen konnte, ohne ihn vorher zur Einführung elementarer Strukturen der Demokratie und Menschenrechte zu veranlassen. Denn dies müsste sinnvollerweise die Reihenfolge sein: erst demokratische Grundrechte innerhalb der palästinensischen Gebiete, dann und nur dann die staatliche Souveränität (16). Schon um der Palästinenser willen müsste so vorgegangen werden: ein palästinensischer Staat ohne die Vorbedingung demokratischer Strukturen kann nicht im Sinne ihrer Mehrheit sein. Selbst wenn – eben wegen völligen Fehlens von Demokratie – über die Wünsche dieser Mehrheit wenig bekannt ist. „Die Palästinenser“, so selbstgewiss dieser Begriff auch immer in die Debatte geworfen wird, sind bis heute eine unbekannte Größe. Sichtbar ist nur ihr Leiden, ihr Ausgeliefertsein an unfähige Führungen, die innere Konfusion ihrer Städte und Gebiete, die alptraumhafte Brutalität ihres täglichen Lebens, ihre verzweifelten Ausbruchsversuche aus der Misere. Kann man denen trauen, die sich öffentlich ihre Vertreter nennen? Kann man glauben, dass Hass auf Israel und Amerika die allbeherrschende Gefühlsregung „der Palästinenser“ ist? Hat die Medien-Präsenz der Selbstmordattentäter und Terrorgruppen irgendwelche Aussagekraft über die wahren

Wünsche und Hoffnungen dieser stummen Massen? Der Palästinenser-Konflikt spielt sich im Inneren der palästinensischen Gebiete ab: zwischen Kräften der Despotie und des Terrors, denen bislang die Unterstützung des offiziellen Europa gilt, und stummen Massen, die auf eine Erleichterung ihres Daseins hoffen wie Menschen überall, auf Öffnung, Humanisierung und Eindämmung von Korruption und Gewalt. Ihre Aggression richtete sich bisher vorwiegend nach außen, gegen Israel – schon, weil dafür immer Geld zur Verfügung steht – und konsumiert die Kräfte, die zur Lösung des inneren Konflikts nötig wären.

Was den palästinensischen Hass auf Israel, auf die Israelis betrifft, kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass er etwas Künstliches hat. Dass er von irgendwo, irgendwem künstlich geschürt wird. Dass es ihn im behaupteten Ausmaß nicht gibt, dass zumindest die dortige Mehrheit ihn nicht teilt. Ich persönlich bin ihm nie begegnet: wann immer ich mit Palästinensern zu tun habe – und das ist fast täglich –, bestimmt nicht Hass unsere Begegnung, sondern das Praktische und Naheliegende, das es jeweils zu tun gibt. In unserem Ort wie in Dutzenden anderen werden fast alle Bauarbeiten von Palästinensern erledigt. Hunderte junge Palästinenser studieren an der israelischen Universität in Ariel, mitten in den „Gebieten“, zusammen mit den Kindern der jüdischen Siedler. Es gibt viel Normalität, Zusammenarbeit und gemeinsames Geschäft unterdessen, wovon in Europas Medien nicht die Rede ist.

Von israelischer Seite ist der Wunsch verständlich, sich dem Problem zu entziehen, zumal unter dem ständigen Druck einer die „Okkupation“ verurteilenden „internationalen Meinung“. Eine Kooperation im grösseren Masstab war bisher nicht möglich, folglich versucht man es mit Separierung: Errichtung eines Zaunes, einseitiger Abzug strategisch schwieriger Siedlungen, etwa in Gaza, genannt *disengagement*. Auch dieses Sich-Entziehen birgt neue Gefahren. König Abdullah von Jordanien sprach kürzlich seine Befürchtungen aus, wohin sich dann die Verzweiflung vieler Palästinenser wenden möge: womöglich nach innen, gegeneinander, gegen arabische Nachbarn? *“We know Israelis are dedicated to pulling out of Gaza”*, sagte der König in einem Interview, *“but we are still unclear on what happens after that.”* Und damit seine Befürchtung nicht in den heutigen Wortfluten untergeht, wiederholte er sie: *„We are all*

concentrating on Palestinian security – but what happens after the withdrawal from Gaza?”(17)

Probleme einer Zwei-Staaten-Lösung

Der Konflikt zwischen einwandernden Juden und auf dem Gebiet des heutigen Israel befindlichen Arabern bestand schon lange vor der Gründung des jüdischen Staates. Er fand seinen Niederschlag im UN-Teilungsplan vom 29. November 1947, den die Jewish Agency – als für die jüdische Einwanderung verantwortliche Institution – sofort akzeptierte, während ihn die arabische Seite sofort ablehnte. Auf die Staatsgründung Israels am 15. Mai 1948 antworteten die arabischen Nachbarstaaten noch am selben Tag mit einem Angriffskrieg.

Seither gibt es ein „palästinensisches Flüchtlingsproblem“, wobei heute meist verschwiegen wird, was selbst arabische Stimmen eingestehen: dass dieses Problem eigentlich von arabischer Seite verursacht wurde (18). Gleichfalls verschwiegen wird in den meisten europäischen Darstellungen, dass zugleich auch ein „jüdisches Flüchtlingsproblem“ entstand, nämlich jene rund eine Million Juden, die im Zuge des 48er Krieges aus arabischen Ländern vertrieben wurden, in denen sie Jahrhunderte lang gelebt hatten (oft länger als die meisten Araber in Palästina), unter Verlust ihres Eigentums, nicht selten im Zuge blutiger Pogrome. Der Unterschied war, dass der jüdische Staat diese Flüchtlinge sofort aufnahm und integrierte, während die arabischen Flüchtlinge in den muslimischen „Bruderländern“ auf das Schlimmste ausgeplündert und entrechtet wurden: „Wir brachten ein Desaster über die arabischen Flüchtlinge“, schrieb der ehemalige syrische Premierminister Khalid al-Azm 1972 in seinen Memoiren, „als wir sie einluden und durch Druck dahin brachten, zu fliehen. Wir machten Besitzlose aus ihnen. Dann beuteten wir sie aus, indem wir sie kriminelle Handlungen ausführen ließen, Mord, Brandstiftung, Bombenanschläge gegen Männer, Frauen und Kinder – alles im Dienst politischer Absichten.“(19)

Später kehrten zahlreiche Araber auf israelisches Staatsgebiet zurück, Menschen verschiedenster Nationalität, darunter etliche, die nicht aus dem früheren Mandatsgebiet stammten und keinerlei „Rückkehrrecht“ geltend machen konnten, aber den aufblühenden

jüdischen Staat attraktiv fanden. Was heute mit dem Terminus „das palästinensische Volk“ bezeichnet wird, ist in Wahrheit ein Gemisch aus verschiedenen Völkern, Stämmen und Gruppen, die durch Herkunft, religiöses Bekenntnis und andere Prägungen in zahlreiche, einander oft feindliche Fraktionen zerfallen. Was verbindet einen in Jerusalem geborenen, aus einer dort seit Jahrhunderten ansässigen Familie stammenden, von der Konfession griechisch-orthodoxen Araber mit dem Sohn landloser *fellahin*, die erst kürzlich als Tagelöhner in die „Gebiete“ kamen und in einem Flüchtlingslager in Gaza gestrandet sind? Und doch werden beide unter den Begriff „Palästinenser“ subsumiert, unter einen pauschalen, politischen Begriff, der wenig oder nichts über ihre wirkliche Identität aussagt.

Im Grunde besteht die erste Ungewissheit darin, dass niemand wirklich weiß, ob „die Palästinenser“ überhaupt einen eigenen Staat wollen, und noch weniger, was sie sich darunter vorstellen. Die meisten von ihnen sind an jeder freien Meinungsäußerung gehindert. Im Ausland lebende Palästinenser, die frei sprechen können, vertreten sehr unterschiedliche Auffassungen. Nicht nur gewalttätige Gruppen, die Israels Vernichtung im Auge haben, auch viele andere lehnen – aus verschiedenen Gründen – eine Zwei-Staaten-Lösung auf der Grundlage des UN-Teilungsplans ab. Der in die USA ausgewanderte Professor Edward Said, der als gemäßigte Stimme innerhalb des palästinensischen Spektrums galt, rechtfertigte noch im Jahre 2000 die Ablehnung der angestrebten Zwei-Staaten-Lösung durch die arabische Seite: „*My instinct is to say no (...) I can understand that the Partition Plan was unacceptable to the Palestinians.*” (20)

Vor so ungewissem Plafond sei die Forderung eines palästinensischen Staates oft nur „eine Taktik, um den jüdischen Staat zu eliminieren“, schreibt der amerikanische Jurist Alan Dershowitz in seinem Buch über die völkerrechtlichen Hintergründe des Palästinenser-Konflikts. Vom Standpunkt des Völkerrechts hat der palästinensische Anspruch nicht mehr Berechtigung als der von Tibetanern, Kurden, Basken, Türkischen Armeniern oder anderen um eigene Staatlichkeit bemühten Völkern, wird aber von der UN, der Europäischen Union und anderen internationalen Institutionen mit ungleich mehr Entgegenkommen belohnt. Einer der Gründe dafür ist, nach Dershowitz’ Auffassung, dass die Palästinenser erfolgreicher als

andere den Terror als politisches Mittel einsetzen. Dieser vor allem gegen Juden gerichtete Terror, habe ihnen offenbar in Europa nicht Ablehnung eingetragen, sondern Respekt (21).

Am Rande sei erwähnt, dass islamisches und westliches Verständnis vom Staat traditionell verschieden sind. Beim Aufbau demokratischer Staatswesen in dieser Region muss man daher in weit größeren Zeiträumen rechnen und erhebliche Widerstände und Rückschläge ins Auge fassen. Nach verbreiteter Auslegung des Islam ist zwar nicht unbedingt der einzelne Gläubige, doch der islamische Staat zu einem der Ausdehnung des Dar al-Islam führenden „Heiligen Kampf“ verpflichtet. Ohnehin unterlegen Muslime ihrem Staatsverständnis eine eher kämpferische „männliche“ Komponente denn eine als „weiblich“ empfundene Ausprägung wie Fürsorge, Gesundheitswesen, Bürgerrechte etc. Schon von daher ließen sich die Erwartungen an einen palästinensischen Staat von westlicher und arabischer Seite kaum in Einklang bringen. Das Konzept der Clinton-Administration, innerhalb weniger Jahre der Welt das Wunder einer Toleranz, Menschenrechte und andere humanistische Werte anstrebenden palästinensischen Staates vorzugaukeln, war von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Heute geht man weitgehend davon aus, dass es zur Zwei-Staaten-Lösung keine sinnvolle Alternative gibt. „*The current worldwide consensus supports this premise*“, schreibt Dershovitz, „*that there should be two states, one Jewish and one Palestinian, existing side by side*“ (22). Um diese Lösung zu realisieren, müsste es allerdings auch wirklich zwei Staaten geben, das heißt zwei verlässliche, rechtlich gesicherte, arbeitsfähige, durch Infrastruktur ausgewiesene Gebilde (23). Ein palästinensischer Staat müsste mehr anstreben als nur die rasche Bewaffnung seiner Sicherheitsdienste. Er müsste sich für die Organisation des Gesundheitswesens, der Volksbildung, der Sozialfürsorge und üblichen Dienstleistungen verantwortlich fühlen, für die demokratischen Grundrechte seiner Bevölkerung und den Schutz der auf seinem Gebiet lebenden Minderheiten.

Das hieße unter anderem: dieser Staat müsste auch die jüdischen Siedler akzeptieren und als gleichberechtigte Staatsbürger behandeln, wie Israel die auf seinem Gebiet lebenden Araber. Es ist schwer einzusehen, warum dem palästinensischen Staat als Zugeständnis eingeräumt werden sollte, was man heute

keinem anderen Staat der Welt zugestehen würde: seine „Judenreinheit“. „Frieden kann es nur mit einem demokratischen palästinensischen Staat geben, in dem es jüdische Dörfer gibt“, schreibt die in Jerusalem lebende Schriftstellerin Lea Fleischmann. „Die Juden dort müssen die palästinensische Staatsbürgerschaft erhalten und das Recht, ihre Vertreter in das palästinensische Parlament zu wählen, genauso wie die arabischen Israelis ihre Vertreter in die Knesset wählen. Darum ist jede Forderung nach Auflösung der Siedlungen unsinnig, es wird keinen ‚judenfreien‘ palästinensischen Staat geben.“ (24)

In der Tat zeigt sich hier das Irrationale, juristisch nicht Begründbare der Forderung vieler Israel-Kritiker, Israel müsse als „Vorleistung“ für einen Frieden im Nahen Osten die jüdischen Siedlungen in Judäa, Samaria und Gaza auflösen. Zum ersten: Die jüdischen Siedlungen entstanden nicht im Zuge einer Okkupation durch die Juden, sondern, im Gegenteil, als Ergebnis gescheiterter arabischer Angriffskriege auf Israel. In der Regel werden in Defensivkriegen gewonnene Gebiete dem erfolgreichen Verteidiger nicht nachträglich wieder abgesprochen, wie etwa niemand mehr die früheren deutschen Ostgebiete von Polen zurückverlangt. UN-Resolution 242 war die erste völkerrechtliche Regelung in der Geschichte, in der ein Staat aufgerufen wurde „*to return territories lawfully captured in a defensive war*“ (25). Allerdings wurden daran Gegenleistungen von arabischer Seite geknüpft, die man heute gern vergisst (wovon später die Rede sein wird). Zweitens: Mit dem gleichen „Recht“ wären dann zahllose arabische Siedlungen zu evakuieren, die erst nach dem UN-Teilungsplan von 1947 auf jüdischem Gebiet entstanden. Wenn von jüdischer Seite wie selbstverständlich verlangt wird, etwa eine Million Araber auf israelischem Staatsgebiet zu integrieren, zu versorgen, an den zivilisatorischen Leistungen des Staates Israel teilhaben zu lassen, müssten nach der selben Logik die jüdischen Siedler auf palästinensischem Gebiet nicht nur geduldet, sondern als ethnische Minderheit in das wirtschaftliche, politische und sonstige Leben eines palästinensischen Staates einbezogen werden.

Umgang mit Minderheiten

Wie die palästinensische „Autonomiebehörde“ mit Minderheiten umgeht, zeigt das Beispiel der palästinensischen Christen. Die christliche Bevölkerung in den „Gebieten“ ist von 110 000 auf rund 25 000 geschrumpft, wurde also auf fast ein Drittel ihrer früheren Zahl reduziert. Die meisten Christen fliehen ins Ausland, da die palästinensische Behörde ihr Land konfisziert oder andere gewalttätige Übergriffe gegen sie begeht. Auch die Samaritaner, eine nur noch nach Hunderten zählende Minderheit, sind in Nablus Verfolgungen ausgesetzt (26). „Es gibt eine klare Absicht, Bethlehem zu islamisieren“, erklärte kürzlich ein Sprecher des Lateinischen Patriarchen in Jerusalem (27).

Im Gegensatz dazu „stieg die Zahl der Muslime in den jüdischen Gebieten dramatisch, nachdem die jüdischen Siedlungen zu blühen begannen, nicht nur, weil sich viele Araber von den neu besiedelten Gebieten und dem neu kultivierten Land angezogen fühlten, auch, weil die jüdische Anwesenheit zum Aufbau eines Gesundheitswesens führte, die Kindersterblichkeit senkte und die allgemeine Lebenserwartung erhöhte“ (28). Bereits 1937 konstatierte ein britischer Bericht an den Völkerbund, dass die jüdischen Siedlungen aus genannten Gründen von zuwandernden arabischen *fellahin* umringt würden (29). Die im nächsten Jahrzehnt, bis zur Staatsgründung Israels, zugewanderten Araber, wurden generell in die neue Staatsbürgerschaft einbezogen. Heute wird in Europa gern übersehen, welche Segnungen die Einwanderung der Juden für die unter türkisch-osmanischer Herrschaft degradierten Araber der Region bedeutete und bis heute bedeutet, mit welcher Selbstverständlichkeit jüdische Leistungen wie Krankenhäuser, Wasserversorgung und Bildungseinrichtungen in Anspruch genommen werden, ohne dass von arabischer Seite ein Äquivalent zu erwarten wäre.

Im Unterschied zur palästinensischen „Autonomiebehörde“ zeigt sich Israel imstande, auf kleinstem Raum sehr unterschiedliche Bevölkerungsgruppen, Kulturen und Religionen zu integrieren. Israel ist vermutlich der kleinste Vielvölkerstaat der Welt. Hier leben Juden, Muslime, Christen, Drusen, Samaritaner, Armenier und andere ethnische und religiöse Gruppen im allgemeinen friedlich zusammen, allein die Juden sind Einwanderer aus über 140 Staaten. Westliche, osteuropäische, amerikanische, asiatische, nordafrikanische, orientalische, russische und andere Kulturtraditionen bestehen gleichberechtigt

nebeneinander – es gibt wohl keinen Staat der Erde, der das Attribut „multikulturell“ eher verdiente als Israel. In dieser Vielfalt, auch innerhalb der arabischen Bevölkerung, stellen die Palästinenser nur eine von vielen Gruppen dar. Es ist schwer zu verstehen, warum sie und nur sie von allen involvierten Völkern mit den Juden im Dauerkonflikt leben. Ihre Ansprüche sind keineswegs älter oder hätten mehr Berechtigung als etwa die der Beduinen, die sich in der Regel friedlich in und um Israel bewegen.

Die vorherrschende „öffentliche Meinung“ in Europa, auch in Deutschland, sieht in der Anwesenheit israelischer Truppen in den „Gebieten“ den Hauptgrund für die Gewalt- und Terrorbereitschaft vieler Palästinenser. Bei näherem Hinsehen erweist sich diese Erklärungsmuster als unsinnig. Besatzungstruppen sind kein glaubhaftes Motiv für das Beharren in Demokratie-feindlichen Strukturen und terroristischem Dauerkampf. Im Gegenteil, ihre Anwesenheit kann zum Schutz der fragilen Strukturen im Entstehungsprozess einer Demokratie unerlässlich sein. Die Bundesrepublik Deutschland ist das beste Beispiel dafür, wie in Anwesenheit ausländischer Besatzungstruppen die Bildung eines demokratischen Staatswesens möglich wurde.

Fallstudie: Sicherheitszaun

Die völkerrechtliche Legitimität der von europäischen Politikern und Medien erhobenen Forderungen an Israel hält genauer Analyse nicht stand. Als Beispiel soll die vieldiskutierte Frage dienen, ob Israel mit dem Bau eines „Sicherheitszaunes“ Völkerrecht verletzt, also gegen die betreffenden UN-Resolutionen verstößt. Der Bau dieses Zaunes, so wird angeführt, sei mit Landgewinn für die israelische Infrastruktur innerhalb der „Gebiete“ verbunden (Siedlungen, Strassen, Kontrollpunkte).

UN-Resolution 242 von 1967 lässt aber Israel ausdrücklich diese Möglichkeit. Es heißt dort nicht, wie in europäischen Medien behauptet, Israel müsse seine Truppen aus *allen* Territorien zurückziehen, die im Sechs-Tage-Krieg gewonnen wurden, sondern, ganz ohne Artikel und nähere Festlegung: *Withdrawal of Israel armed forces from territories occupied in the recent conflict.* Dieser Satz bedeutete einen Kompromiss zwischen den Forderungen der arabischen Staaten und der Sowjetunion, die

einen Rückzug *from all territories* verlangten, und denen Israels, das Garantien für seine Sicherheit forderte, und war das Ergebnis langwieriger Verhandlungen des damaligen amerikanischen UN-Botschafters.

In der fast niemals und nirgendwo zitierten zweiten Festlegung dieser Resolution heisst es, dass die Gegenseite dafür Israel die Sicherheit seines eigenen Territoriums gewährleisten muss: *Acknowledgement of (...) right to live in peace within secure and recognized boundaries free from threats or acts of force. (30)*

Im Falle, dass die andere Seite dennoch „Drohungen und Gewaltakte“ vornimmt, wurde Israel vom UN-Sicherheitsrat das Recht zugestanden, zur Wahrung seiner Sicherheit „*territorial adjustments*“ vorzunehmen, sogar „*the retention of territories necessary to assure secure boundaries.*“ (31) Unter anderem aus diesem Grund – Verpflichtung der arabischen Staaten, Israels Sicherheit zu gewährleisten, andernfalls Israels Recht, zu diesem Zweck besetztes Territorium einzubehalten – wurde UN-Resolution 242 von den arabischen Staaten abgelehnt (32).

„Zäune“ von der Art des israelischen wurden auch von anderen Staaten errichtet, etwa von Indien entlang der Grenze zu Pakistan oder von den USA entlang der zu Mexico, ohne dass die „internationale Gemeinschaft“ darin Verstöße gegen Völkerrecht sieht. Es ist dies nur ein einziges Beispiel dafür, wie sich ganze Medien-Kampagnen und durch sie verursachte Massenerregungen als vom völkerrechtlichen Standpunkt unbegründet erweisen.

Ein solcher Zaun stellt aus israelischer Sicht keine schöne Lösung dar, allenfalls einen Notbehelf, ein temporäres Mittel, wobei „temporär“ ein dehnbarer Begriff ist: der römische Limes, ein ähnlicher Abwehr-Zaun, stand Jahrhunderte. Da ich in der geteilten Stadt Berlin aufwuchs, irritiert mich die optische Ähnlichkeit des „Sicherheitszauns“ mit der Berliner Mauer (Betonfertigteile, Stacheldraht etc.), wenn sich auch hierin die Ähnlichkeit erschöpft: die Zäune in Israel, Indien oder Nordamerika dienen der Abwehr gefährlicher Eindringlinge oder illegaler Einwanderung, während die Berliner Mauer der Einsperrung der eigenen Bevölkerung diene – ein entscheidender Unterschied.

Die gegen Israel erhobenen Anklagen wegen dieses Zaunes fanden jedenfalls keine völkerrechtliche Bestätigung. Es handelte sich um Kampagnen mit großer emotionaler Erregung, aber fadenscheinigem rationalen Hintergrund. Die europäischen Medien trifft bei der Verbreitung solcher Stimmungen besondere Verantwortung. Ihre Berichterstattung entstellt die Tatbestände und erweckt im Bewusstsein vieler, vor allem junger Medien-Konsumenten – die wenig oder nichts über die Verteidigungskriege Israels und die seit Anbeginn lebensbedrohliche Aggressivität der arabischen Nachbarn wissen – den Eindruck eines Paria-Staates. Daher ist „die konkrete Gefahrenlage, in welcher sich Israel besonders seit Ausbruch der zweiten Intifada im Jahre 2000 sieht, der breiten Öffentlichkeit nicht bewusst“, wie eine deutsche Stiftung in Israel feststellt (33). In dieser „*general tendentiousness*“ gingen deutsche Medien voran, statt ihr entgegenzuwirken (34). Die Einseitigkeit der Medien-Berichterstattung hat erheblich dazu beigetragen, dass es heute wieder offenen Antisemitismus in Europa gibt.

Israel-Kritiker betonen oft, dass sie keine Antisemiten seien, sondern Betroffene, Besorgte, Friedensfreunde, Anwälte der Menschenrechte. Sie bestehen darauf umso mehr, je tiefer ihre Forderungen die Existenzgrundlagen des Staates Israel treffen und damit den Lebensnerv des jüdischen Volkes. Dass dieser tiefe Zusammenhang besteht, dass ein Wohlergehen des Staates Israel und die Sicherheit der Juden überall in der Welt miteinander verbunden sind, hatten aufmerksame Beobachter schon vor dem Tag der israelischen Staatsgründung erkannt (35).

Ist Israel ein kolonialistischer, imperialistischer Staat?

In der gebotenen Kürze können die völkerrechtliche Hintergründe der heutigen Lage, ihre oft schon tendenziöse Fixierung in UN-Resolutionen, ihre Entstellung durch Medien-Berichterstattung oder „akademische“ Reflexion nur angedeutet werden. Interessierten sei das Buch des amerikanischen Juristen und Völkerrechtlers Dershowitz „The Case for Israel“ empfohlen, das die fraglichen Tatbestände genau untersucht. Dershowitz widmet sich unter anderem folgende Fragen, die auch im heutigen deutschen Israel-Diskurs die entscheidende Rolle spielen:

Ist Israel ein kolonialistischer, imperialistischer Staat? Ist die israelische Außenpolitik aggressiv, expansiv, okkupant, mit einem Wort zu Recht unter ständiger Anklage durch die Arabischen Staaten und die mit ihnen verbündete Europäischen Union? War die israelische „Okkupation“ ungerechtfertigt? Ist die Behandlung der Palästinenser durch Israel die Ursache für den Israelisch-Arabischen Konflikt? Ist Israel schuld am „palästinensischen Flüchtlingsproblem“? Ist Israel ein rassistischer Staat? Begeht Israel einen Genozid an den Palästinensern? Ist der palästinensische Terrorismus Bestandteil eines legitimen Kampfes für staatliche Unabhängigkeit? Ist der Terrorismus nichts anderes als unvermeidlicher Bestandteil eines „Zyklus der Gewalt“, an dem Israel mit-, wenn nicht hauptverantwortlich ist? Ist die Israelische Politik die *causa principalis* der heutigen Probleme im Nahen Osten? Sind die jüdischen Siedler in Judäa, Samaria und Gaza das Haupthindernis für einen Frieden in der Region? (36)

Antworten auf diese Fragen fallen heute in der Regel pauschal zu Ungunsten Israels aus. Viele europäische Medien haben in den letzten Jahren so einseitig über Israel und den Palästinenserkonflikt berichtet, dass massenhysterische Impulse gegen den jüdischen Staat nicht ausbleiben konnten. Durch die Berichterstattung der meisten europäischen Medien wurde der Eindruck erweckt, als sei der islamische Fundamentalismus ein *sui generis* anti-israelisches Phänomen. Er ist mindestens ebenso, und war von Anfang an, eine anti-westliche, anti-christliche Bewegung. Und nicht einmal darauf lässt er sich begrenzen: er ist eine gegen jede andere religiöse oder nicht-religiöse Lebensform gerichtete Attitüde, ein gewaltsamer Anschlag gegen alles Andere und Fremde. Der Hass auf Israel ist nur die Chiffre für diese

allgemeine Verneinung, diesen, um es mit einem modernen Wort zu sagen, ins Weltweite gesteigerten Fremdenhass.

Israel – Opfer einer Priorität der Träume

Bisherigen Konzepte europäischer Nahostpolitik kranken an den verschiedenen Masstäben, die an die beiden Staaten gelegt werden: mit Selbstverständlichkeit wird von dem der Juden eine von Humanismus und westlichen Werten bestimmte Haltung erwartet, während sich das Verhalten der Palästinenser grundsätzlich aus dem ihnen geschehenen „Unrecht“ legitimiere. Unter diesem „Unrecht“ verstand das offizielle Europa nicht die Unterdrückung durch Arafats korrupte und gewalttätige Behörde, sondern ausschließlich die israelischen Militäreinsätze. Die einseitige Zuschreibung des Opferbonus an die Palästinenser und der Konfliktverantwortung an Israel hatte in der europäischen Darstellung Israels allmähliche Transformation in einen „Täterstaat“ zur Folge.

Gelegentlich wird die Frage thematisiert, wieweit dabei Interessen Holocaust-mitschuldiger Nationen im Spiel waren, über die Stigmatisierung Israels eine Entschuldung ihrer selbst vorzunehmen. Hitler-Deutschland trifft die Hauptverantwortung an der versuchten Judenvernichtung, an der jedoch auch andere europäische Nationen durch Kollaboration oder stillschweigende Duldung beteiligt waren – Grund genug, Israel heute in eine Täterrolle zu manövrieren (38). Auf der Höhe der anti-israelischen Medien-Propaganda scheute man kein Mittel der Verleumdung, nicht einmal Parallelen zwischen Israel und Nazi-Deutschland, der israelischen Armee und der SS, jungen Siedlern und der Hitler-Jugend. Die israelische Historikerin Anat Peri stellt fest, dass, „während kleinere europäische Länder Israel offen denunzierten und mit Nazi-Deutschland verglichen“, deutsche Medien vorsichtshalber israelische Intellektuelle zitierten, die sich, europäischer Unterstützung gewiss, zu derlei Äusserungen hergaben: „Deutschland kann es sich nicht leisten, Israel als die heutige Entsprechung der Nazis zu bezeichnen und unterstützt daher jede israelische Person oder Gruppe, die Israel mit den Nazis vergleichen, von B’zelem bis zu Professor Moshe Zimmermann.“ (39)

Vergleiche Israels mit Nazi-Deutschland mochten extreme Fälle darstellen, doch lagen sie in der allgemeinen Tendenz. Insgesamt ist die Zuschreibung „Israel – Täterstaat“ gängige Tagesmeinung geworden, in den vielen europäischen Medien, im populären Vorurteil, sogar in der akademischen Wissenschaft. „Die Palästinenser“ gelten als Opfer Israels, unerachtet ihrer weltweit wirkenden Terror-Organisationen und Netzwerke, während Israel, ein an Fläche und Bevölkerung kleiner Staat, zum Hauptverantwortlichen für Gelingen oder Scheitern eines präsumtiven „Weltfriedens“ erklärt wurde.

Einer der Gründe für die verfehlte Nahost-Politik Deutschlands und anderer europäischer Staaten liegt in der falschen Auswahl von Information, die eigenes Wunschdenken eher widerspiegelt als Realität. Eine Interessengemeinschaft von israelischen Intellektuellen wirkt hierbei verunklarend mit, permanente Interviewpartner deutscher Medien, die in autosuggestiver Beschwörung die bekannten Formeln wiederholen, „Friedensaktivisten“ wie Uri Avneri, Politologen wie Moshe Zimmermann oder die um das „*Institute for the Translation of the Hebrew Literature*“ gruppierten Schriftsteller David Grossman, A.B. Yehoshua, Yoram Kaniuk und andere, die ihre Produktion *ab initio* am europäischen Markt orientieren. Ihre Texte werden vom genannten Institut in europäische Sprachen übertragen und in Europa vermarktet, wo sie nicht selten eher erscheinen als in Israel selbst. Oft wird eine hebräische Ausgabe erst dann veröffentlicht, wenn sich europäische Sponsoren für die hiesige Drucklegung finden (40). Man kann bei diesen Autoren also nur bedingt von „israelischer Literatur“ sprechen. Die politischen Meinungen dieser Autoren sind von den Trends ausländischer Märkte bestimmt und daher weniger realistische Wiedergabe der hiesigen intellektuellen Strömungen als der Wünsche ihrer europäischen Partner.

Europäisches Wunschdenken gegenüber Israel ist nicht unbedingt Ausdruck schädigender Absichten, sondern oftmals nur die Projektion eigener Hoffnungen, Träume und Erwartungen in Israel, gegründet auf die unterbewusst bestehende Ansicht, Israel habe – auf Grund seiner langen Leidensgeschichte – mehr Hinnahmefähigkeit, Duldsamkeit gegen Gewalt und Opferbereitschaft aufzubringen als andere Völker. Auch israelische Intellektuelle meinen, Israel dürfe, im Sinne solcher

moralischer Verpflichtung, Gewalt auf keinen Fall mit Gewalt beantworten (da staatliche Schutzmassnahmen gegen Terror angeblich „Staatsterror“ darstellen und beides zusammen eine „Spirale der Gewalt“), sondern müsse um jeden Preis Zeichen der Versöhnung setzen, selbst wenn sich die andere Seite beharrlich versöhnungs-unwillig zeigt.

Im inner-israelischen Diskurs ist die Friedens-Frage längst Vorwand für andere Auseinandersetzungen geworden: für den Kampf der israelischen Alt-Linken gegen religiöse und traditionelle Juden, für den Widerstand einer selbsternannten ashkenasischen Kibuz-Elite gegen die zahlenmäßig überwiegenden sephardischen und russischen Neueinwanderer und andere Auseinandersetzungen innerhalb des Landes. Friedens-Aktivist Avneri bekannte offen, dass es ihm nicht primär um die Frage von Krieg und Frieden ginge, sondern um inner-israelische Machtkämpfe. „Dieser Krieg“, sagte er im Jahre 2001 auf einer Veranstaltung der deutschen Else-Lasker-Schüler-Gesellschaft in Jerusalem, „ist nur eine Funktion der Auseinandersetzung, die innerhalb unseres Staates und unserer Gesellschaft stattfindet.“ (41).

Das sogenannte *peace camp* repräsentiert daher nicht, wie der Name vorgibt, die für den Frieden Eintretenden Israelis – denn so gut wie jeder Israeli ist für den Frieden –, sondern eine politische Machtgruppierung zur Durchsetzung einer träumerischen Variante des frühen Zionismus, die bis heute von ihrer moralischen Superiorität gegenüber anderen israelischen Gruppen ausgeht. Sie wird von der Mehrheit der israelischen Bevölkerung schon lange nicht mehr getragen und ist in einem so beweglichen Land wie Israel kaum mehr als eine sentimentale Reminiszenz.

Stereotype der Israel-Kritik

Heutige Israel-Kritik europäischer, auch deutscher Medien, Zeithistoriker, Politiker etc. konzentriert sich vor allem auf die Punkte Friedensstörung (Israel, wegen seiner Unfähigkeit oder Nicht-Bereitschaft, mit den Palästinensern zu einer „Friedens-Regelung“ zu kommen, als „Gefahr für den Weltfrieden“), die völkerrechtswidrige Okkupation von Land (Israel als Besatzungsmacht auf „palästinensischem Gebiet“, die Besatzung als Fall von „Landraub“) und die inhumane Behandlung der

Palästinenser („Unterdrückung des Freiheitswillens des palästinensischen Volkes“, „Besatzer-Terror“, „Genozid an den Palästinensern“).

Die Protagonisten solcher Kritik weisen nicht selten daraufhin, sie seien keine Antisemiten oder Judenhasser, sondern Kritiker in guter Absicht. Es müsse erlaubt sein, den Staat Israel und seine Politik zu kritisieren, auch radikal zu kritisieren, ohne dass deshalb der Vorwurf des Antisemitismus zuträfe. Im Gegenteil, kritische Anteilnahme sei für Israel von Nutzen, bewahre vor verhängnisvollen Irrtümern und wirke als freundschaftliches Korrektiv. Sie berufen sich dabei auf jüdische Israel-Kritiker im Ausland, auch in Israel selbst, die dem jüdischen Staat Friedensstörung, Okkupationspolitik und inhumane Behandlung der Palästinenser vorwerfen und als Juden schwerlich Antisemiten sein können.

Dennoch ist auffällig, dass alle drei genannten Hauptpunkte heutiger europäischer Israel-Kritik in der Kontinuität judenfeindlicher Klischees durch die Jahrhunderte stehen. Sowohl Friedensstörung als auch Raub und Völkermord sind den Juden in der antisemitischen Propaganda zu allen Zeiten vorgeworfen worden, und wenn diese Vorwürfe nachträglich von Historikern entkräftet wurden und Nachgeborenen daher unsinnig scheinen, hält das offenbar nicht davon ab, sie periodisch von neuem zu erheben. Eine Sondernummer des „Stürmer“ anlässlich des Reichsparteitags der NSDAP im Jahre 1937 fragte in ihrer Schlagzeile: „Kennst Du den größten Verbrecher aller Zeiten? Wer organisiert die Vernichtung aller Völker?“, um zu der Antwort zu gelangen, es seien die Juden. Auch damals wurde der Vorwurf in einer pseudo-wissenschaftlichen Attitüde vorgetragen: „An Hand von Dokumenten aus Vergangenheit und Gegenwart wird der unwiderlegliche Beweis erbracht: Judentum ist organisiertes Verbrechen.“ (42)

Ein solches Urteil würde eine Mehrheit der heutigen Deutschen gewiss ablehnen, zumindest alle, die sich für aufgeklärt und gebildet halten. Auch viele, die Israel heute kritisieren, würden die damals aufgestellte Behauptung, das jüdische Volk organisiere „die Vernichtung aller Völker“, als absurd empfinden. Aber ist die heute erhobene Behauptung, Israel begehe „einen Genozid an den Palästinensern“, weniger absurd? Es ist offensichtlich, dass kein Völkermord an den Palästinensern begangen wird – die

demographischen Tatsachen sprechen eindeutig dagegen. Die palästinensische Bevölkerung Samarias, Judäas und Gazas ist in starkem Wachstum begriffen (ebenso die israelischen Araber im Norden des Landes und die Beduinen im Süden), die Kindersterblichkeit aller arabischen Bevölkerungsgruppen, auch der in den „besetzten Gebieten“, ist seit Existenz des Staates Israel erheblich gesunken, die durchschnittliche Lebenserwartung hat sich spürbar erhöht. Hunderttausende Araber genießen ganz selbstverständlich die Segnungen des israelischen Sozial- und Gesundheitswesens. Angesichts dieser demographischen Blüte erweisen sich auch andere Vorwürfe gegen Israel („Besatzer-Terror“, „unmenschliche Behandlung“ etc.) als unzutreffend. Dennoch werden sie immer wieder erhoben, von modernen Europäern, die den oben zitierten „Stürmer“-Text empört zurückweisen würden.

Offenbar ist es leichter, den Antisemitismus von gestern zu verurteilen, als den von heute auch nur zu erkennen. Aufgeklärte Intellektuelle unserer Tage befinden sich in weitgehender Übereinstimmung darüber, dass die judenfeindlichen Stereotype der Nazis oder länger zurückliegender judenfeindlicher Bewegungen zu verurteilen sind. Aus dem Nachhinein erweisen sich fast alle gegen Juden erhobene pauschale Anschuldigungen der Vergangenheit als unwahr, vom „Christusmord“ über die „Hostien-Schändung“ bis zur jüdischen Schuld an der „Zinsknechtschaft“, an der kapitalistischen Ausbeutung oder an der „Weltrevolution“. In gebildeten Bevölkerungsschichten Europas ist es üblich, derlei zu belächeln. Inzwischen gibt es ganze Bibliotheken die Wahrheit erhellender, das Volk der Juden von früheren Anwürfen freisprechender Publikationen, weltweit widmen sich Forschungseinrichtungen der Widerlegung antisemitischer Stereotype der Vergangenheit. Und doch wird Israel heute der selben oder analoger Vergehen geziehen, der Störung des Friedens, des Verursachens von Kriegen, des Landraubs, des Völkermords. Natürlich werden diese Beschuldigungen nicht immer offen ausgesprochen, es gibt dafür zahllose verbale Verkleidungen. So wird etwa die „Rückgabe okkupierter Gebiete“ an die Palästinenser gefordert und durch das Wort *Rückgabe* der Tatbestand eines früheren rechtmäßigen Besitzes durch eine palästinensische Entität suggeriert, aus dem er durch „Okkupation“, also eine Art Raub, in die Gewalt Israels

gelangt sei. Doch wenn diese Gebiete überhaupt jemandem *zurückzugeben* wären, dann allenfalls Jordanien, das sie von 1948 bis zum Sechs-Tage-Krieg besetzt hielt, oder der Britischen Mandatsverwaltung, die sie davor als Rechtsträger in Treuhand hatte, oder den Rechtsnachfolgern des früheren Osmanischen Reiches, das sie vor dem Ersten Weltkrieg besaß. Den Palästinensern haben diese Gebiete bisher niemals gehört (43). Man müsste folglich bei dem, was Israel abverlangt wird, von einer *Abgabe* von Gebieten sprechen. Das Wort *Gebietsabgabe* suggerierte jedoch etwas vollkommen anderes als *Rückgabe*, nämlich, dass es sich dabei um ein von Israel erwartetes Opfer handelt, nicht um eine Rückerstattung von Geraubtem.

Warum erwarten Europäer von Israel wie selbstverständlich ein Opfer, das sie selbst nicht zu bringen bereit wären? (Oder ist ein Fall bekannt, dass ein europäischer Staat – um des „Weltfriedens“ willen – freiwillig Land abtritt?) Weil es europäische Tradition ist, das Opfer von den Juden zu erwarten? Weil es in der europäischen Geschichte meist die Juden waren, denen man die Schuld an einem Übelstand zusprach und die folglich das Opfer zu bringen hatten, bis sie schliesslich ganz Opfer wurden, als ganzes Volk? (44) Die Beispiele, „Genozid an den Palästinensern“ und „Rückgabe der besetzten Gebiete“ erweisen sich bei genauerer Betrachtung als Sprachhülsen, die nicht nur Unwahrheiten in sich bergen, sondern traditionelle judenfeindliche Denkgewohnheiten.

Wie gezeigt, basiert heutige Israel-Kritik nicht selten auf alten Vorurteilen, Stereotypen, Denkabläufen, oft ohne denen, die derlei vertreten, bei klarem Bewusstsein zu sein, dennoch mit den üblichen, seit Jahrhunderten bekannten Wirkungen. Letztlich ist es unmöglich, radikale Israel-Kritik und Antisemitismus voneinander zu trennen (allein die enorme Bedeutung des jüdischen Staates für die Lage aller Juden in der Welt legt die klare Konklusion nahe, dass eine Degradation Israels auch eine Verschlechterung der Lage der Juden weltweit bedeutet, und dass, wer eine Verringerung des israelischen Einflusses anstrebt, folglich auch den Juden insgesamt nicht wohlwollen kann). So ist im letzten Jahrzehnt, scheinbar legitimiert durch „Kritik an Israel“, seiner „Okkupationspolitik“, seinen „Völkerrechtsverletzungen“ etc., von neuem eine judenfeindliche Komponente in der Öffentlichkeit der europäischen Länder entstanden, so spürbar, virulent, gelegentlich

hysterisch, dass sie nicht ohne gesellschaftliche Rückwirkungen bleiben kann.

Judenhass ist ab ovo eine destruktive Haltung. Sein Wesen beruht auf Verneinung und Aversion. Oft in der Geschichte war Judenhass der Beginn weitreichender Verachtungs- und Verneinungshaltungen, meist machte er nicht bei den Juden halt, sondern begann nur bei ihnen, um sich dann gegen andere schwächere Gruppen der Gesellschaft zu richten, gegen Minderheiten und Fremde, gegen Auffällige oder „Abartige“, Hilfsbedürftige, Kranke, Behinderte, gegen Frauen und Kinder. Eine Gesellschaft, die Antisemitismus toleriert oder widerstandslos hinnimmt, zerstört ihr eigenes Immunsystem. Das bedeutet heute im besonderen die Beschädigung des komplizierten Systems humaner Regulierungen und Schutzvorrichtungen, auf denen das Zusammenleben der modernen Demokratien basiert.

Es ist ein erstaunliches, schwer erklärbares Phänomen, dass Gesellschaften und Staaten, die sich dem Judenhass überließen und ihre Juden verfolgten, bald darauf einen Niedergang erlitten, während andere, die mit ihrer jüdischen Minderheit umzugehen wussten, prosperierten. Historiker setzen die Vertreibung der Hebräer aus Ägypten in die Zeit von Pharao Ramses II., in die letzte Blütezeit vor dem Ende des Neuen Reiches. Das sieggewohnte Assyrien, Jahrhunderte lang der Schrecken des Mittleren Ostens, erfuhr bald nach der Zerstörung Israels und der Deportation der „zehn Stämme“ eine seltsame Schwächung, die zu seinem raschen Ende führte. Nur noch Jahrzehnte waren dem stolzen Babylon beschieden, nachdem Nebukadnezar Jerusalem erobert hatte, während zur gleichen Zeit das gegenüber den Juden relativ tolerante Perserreich zur Weltmacht aufstieg. Roms beginnender Niedergang im zweiten christlichen Jahrhundert koinzidiert mit der grausamen Niederschlagung des letzten Widerstands in Judäa. Das Ende der Großmacht Spanien begann mit der Verfolgung und Austreibung seiner Juden. Zur selben Zeit wurden die Niederlande, die den jüdischen Flüchtlingen den Flüchtlingen aus Spanien Asyl boten, zu einer führenden Wirtschaftsmacht Europas. Im zwanzigsten Jahrhundert erlebten nacheinander Deutschland und die Sowjetunion gesellschaftliche Katastrophen in unmittelbarer Folge auf die Misshandlung ihrer Juden, die Vereinigten Staaten von Amerika jedoch, wo man die aus Europa fliehenden Juden aufnahm, entwickelten sich binnen

weniger Jahrzehnte zur Großmacht. Hier ist nicht Raum für Theorien, nur für die grundsätzliche Beobachtung: Judenhass als dominierende, die Politik eines Landes bestimmende Kraft, indiziert baldigen Niedergang.

Der Begriff Antisemitismus, basierend auf dem fragwürdigen Terminus „semitische Völker“, ist irreführend. Er bezeichnet eine besondere Spielart von europäischem Judenhass, den der letzten zwei Jahrhunderte, und seine allgemeine Verwendung für aversive Haltungen gegenüber dem jüdischen Volk, kann zu Missverständnissen führen. Zumal heute, da die militantesten Gegner der Juden, die dem „Glaubenskrieg“ verpflichteten radikalen Muslime, selbst sogenannte „semitischer Völker“ sind. Der Terminus wurde um 1880 von dem Deutschen Wilhelm Marr eingeführt, um dem Phänomen Judenhass einen Anstrich von „Wissenschaftlichkeit“ zu geben, als stünden Vernunft und rational Begründbares dahinter, nicht Ressentiment und Hass. Dennoch scheint eine Verwendung dieses Begriffs oft unvermeidlich, schon wegen der historischen Assoziationen, die er weckt.

Anti-israelische Grundstimmungen entstehen im heutigen Europa nur zum Teil aus traditionellem Antisemitismus. Wachsenden Anteil hat der islamische Judenhass, der durch die stark in Zunahme begriffene arabische und muslimische Bevölkerung in vielen europäischen Ländern Einzug hielt. Er wirkt nicht selten infektiös und reaktiviert antisemitische Rezidive bei modernen Europäern, die sich gegen solche Anfechtungen immun wähnten (45). Wenige Jahrzehnte nach dem Holocaust, vor dem Hintergrund Jahrhunderte alter europäischer Judenverachtung, wäre es ohnehin verfrüht, an diese Immunität zu glauben. Die Ablehnung gestriger judenfeindlicher Klischees macht noch nicht gegen neue gefeit, die Reaktion auf solche „Reize“ ist nicht nur eine Frage von Information und guten Absichten. Der über Jahrhunderte antrainierte Reflex, die Juden vor allen anderen verantwortlich zu machen, schuldig zu sprechen, zu strafen, zu verfolgen, sitzt zu tief, als dass er in ein paar Jahrzehnten überwunden werden könnte.

Das Wirken islamischer Organisationen und Prediger, die mitten in Europa zu Gewalt, Judenhass, Hass auf Amerika und „den Westen“ aufrufen können, evoziert die Frage, warum europäische Staaten sie gewähren lassen. Die Angst, gegen selbsterrichtete, in ihrem Ausmaß übertriebene Toleranzgebote zu verstoßen,

erschwert den Widerstand gegen islamische Aktivitäten selbst dort, wo diese ihrerseits intolerant, von Hass bestimmt, offen xenophobisch sind. Das Vorgehen gegen islamischen Judenhass wäre eine Gelegenheit, frei von solcher Furcht zu handeln, unter Berufung auf den notwendigen Schutz einer anderen Minderheit, zumal einer kleineren und stärker bedrohten.

Die Schrift an der Wand

Judenfeindliche Stimmungen sind, wie die Geschichte zeigt, nicht beständig, mögen sie zeitweise noch so verbreitet sein. Eine vorausschauende Politik für den Mittleren Osten muss über sie hinauszudenken und sich eine Wiederannäherung an die Gegebenheiten vorzustellen versuchen. Diese Gegebenheiten haben sich im Mittleren Osten in der letzten Zeit dramatisch verändert. Über viele Jahre basierte europäische und deutsche Nahost-Politik auf der Annahme, despotische, inhumane Regimes wie das von Arafat oder Sadam seien unerschütterliche, dauerhafte Realitäten, daher die Kollaboration mit ihnen unvermeidlich, jede Zusammenarbeit mit der arabischen Region nur unter dieser Bedingung möglich. Wie sich zeigt, war es nicht nur eine vom ethischen Standpunkt verhängnisvolle, sondern auch in der Tagespolitik falsche Prämisse.

Die Kollaboration europäischer Regierungen mit Arafat, Sadam und anderen blutigen Despoten im Mittleren Osten ging auf Kosten der von ihnen unterdrückten Völker. Sie ging außerdem auf Kosten der eigenen, europäischen Völker, deren Steuergelder in diese Regimes investiert und in vielfacher Milliardenhöhe vergeudet wurden. Die Verluste für die Europäische Union sind kaum abzusehen, nicht nur die finanziellen, auch die an Glaubwürdigkeit und Reputation in der Region. Die spontane Plünderung der deutschen Botschaft in Bagdad nach Sadams Fall war für Deutschland ein Warnsignal, eine Schrift an der Wand. Wie sich zeigte, wussten die bedauernswerten Untertanen des Diktators, welche ausländischen Mächte ihren Unterdrücker am Leben hielten, woher das Geld kam, das sein Regime verlängern half. Ähnliches bereitet sich im Iran vor, wo deutsche Firmen – bekanntestes Beispiel: Siemens – durch ihren high tech-Export das Regime in den Stand setzen, wirkungsvoll gegen die Opposition vorzugehen und die Bevölkerung zu überwachen. Es wäre Zeit für

europäische Regierungen, sich auf die Seite der innovativen Kräfte der Region zu stellen, nicht auf die Seite der blutigen Diktaturen, der erklärten Gegner von Demokratie und Menschlichkeit, und aus vielen der vorgenannten Gründe sollte Deutschland unter den ersten sein, die sich zu einem solchen Umdenken entschließen.

Der Staat Israel steht seit Jahrzehnten als einzige Demokratie der Region zwischen dubiosen, nicht selten unmenschlichen Regimes. Bis vor kurzem verfügte kein einziges arabisches Land über eine gewählte Regierung. In diesem Umfeld hat Israel nicht nur irgendwie überlebt – was bereits eine Leistung wäre –, sondern sich als Demokratie behauptet. Keiner der Israel aufgezwungenen Kriege, keine Intifada oder Terror-Welle hat den toleranten, offenen Charakter der israelischen Gesellschaft beeinträchtigen können. Ginge es mit rechten Dingen zu, müssten die europäischen Demokratien Israel statt fortwährender Kritik ihren Dank aussprechen für die Aufrechterhaltung ihrer Werte in der Region.

Ausblick

Wie gezeigt, begünstigt einen anti-israelische Politik unweigerlich antisemitische Tendenzen im Inneren und wirkt sich daher für jedes europäische Land, besonders für Deutschland, folgeschwer aus. Die Folgen reichen von internationalem Prestigeverlust über gefährliche Mitschuld an den Verbrechen despotischer oder radikal-islamischer Regimes bis zu einem durch Judenhass ausgelösten Verfall demokratischer und geistiger Werte innerhalb der eigenen Gesellschaft.

Andererseits sind, in Reaktion auf solche Entwicklungen, in Israel starke anti-europäische, auch anti-deutsche Regungen aufgekommen, die es vor einem Jahrzehnt nicht gab. Die Verschlechterung der deutsch-israelischen Beziehungen steht in diesem Kontext. Sie ist deutlich genug, um Besorgnis zu erregen, doch stehen ihr andererseits positive Posten gegenüber, die Grund zur Hoffnung geben. Der deutsch-israelische Handel hat trotz politischer Spannungen in den letzten Jahren zugenommen. Deutschland ist heute, wie die Studie einer deutschen Stiftung in Jerusalem nachweist, „nach den USA der zweitwichtigste Handelspartner Israels in der Welt, das Land mit den meisten Städtepartnerschaften“ und einer der Staaten, die „nach wie vor

einen Spitzenplatz in der Besucherstatistik des jüdischen Staates einnehmen“ (46).

Der Anstieg des deutsch-israelischen Handels, die Zunahme regionaler Partnerschaften zwischen Städten, Gemeinden, Universitäten, Schulen etc., die unbeirrte Solidarität pro-israelischer Gruppen in der deutschen Bevölkerung, die tatkräftige Verbundenheit vor allem christlicher Israel-Freunde, der nach wie vor bestehende Einsatz von Freiwilligen, Spendern und Helfern sind Zeichen einer inneren Beständigkeit der deutsch-israelischen Beziehungen. Viele dieser Verbindungen haben sich gegen die Verschlechterung im Grossen und Tagespolitischen resistent erwiesen. Vor dem Hintergrund dieser Verschlechterung gewinnen sie besondere Bedeutung: einmal, weil ihr Weiterbestehen trotz äußerer Widerstände von inneren Motiven zeugt, auf die eher Verlass ist als auf den Opportunismus der Politiker, zum anderen, weil gerade in diesen an der Basis, im Lebensnahen und Praktischen angesiedelten Verbindungen das Potential einer künftigen Wieder-Annäherung liegt.

Von einer Wieder-Annäherung sollte deutsche Außenpolitik ausgehen, auch im Interesse Deutschlands. Schon Adenauer bedachte in seiner Hinwendung zum Staat Israel unverkennbar realpolitische Effekte für sein eigenes Land. Es ging ihm seinerzeit vor allem um die Wirkung, „dass eine tatkräftige und glaubhafte Wiedergutmachung und die Aussöhnung mit Israel zugleich die Eintrittskarte in die internationale Staatengemeinschaft bedeutete“ (47). Adenauer sah in guten Beziehungen zu Israel – über alle moralischen Aspekte hinaus – für deutsche Regierungen ein Gebot politischer Klugheit und Voraussicht, geradezu eine *conditio sine qua non* deutscher Aussenpolitik. „Wer unsere, die deutsche Verantwortung für den Staat Israel leugnet“, erklärte er, „ist nicht nur historisch und moralisch, sondern auch politisch dumm“ (48).

Der Staat der Juden ist heute weitaus stärker und einflussreicher als zu Adenauers Zeiten. Israel ist nicht das Land der Holocaust-Opfer, sondern der Überlebenden. Dieses Land ist der Wüste abgerungen, es muss täglich behauptet werden, die hiesige Mentalität ist von Überlebenswillen geprägt, von einer Entschlossenheit und Tapferkeit, wie sie in Europa weitgehend abhanden gekommen sind. Dieser kleine, in sich komplizierte Staat hat die letzten Kriege besser überstanden als viele Europäer

voraussagten, und diese Erfahrung hat die Unabhängigkeit gegenüber Europa erhöht und zu einem Zuwachs an israelischem Selbstbewusstsein geführt. Die Israelis haben gesehen, dass ihr Land wirtschaftlich stark genug ist, um Einbussen, etwa den fast völligen Rückgang des Tourismus, zu verkraften, dass es eine schwere Wirtschaftskrise – die von arabischer Seite kalkulierte Folge der Intifada – aus eigener Kraft überstehen kann, dass größere Kräfte und Potentiale vorhanden sind, als viele meinten.

Mögen diese Potentiale den deutsch-israelischen Beziehungen zu Gute kommen. Möge man in Israel nicht ein unerfreuliches „Problem“ sehen, sondern den starken Partner von Morgen. Deutschland war über anderthalb Jahrtausende eins der Zentren des jüdischen Exils. Es gab Zeiten, in denen sich Juden in Deutschland sicherer fühlten als anderswo. Deutsche und Juden haben eine lange gemeinsame Geschichte in alltäglichem Zusammenleben. Zwischen diesen beiden Völkern bestehen – neben allen Konflikten und Tragödien – über Jahrhunderte gewachsene Beziehungen. Dass Theodor Herzls „Judenstaat“, das Buch, das die Gründung des neuen Israel auslöste, in deutscher Sprache geschrieben wurde, kann man als eine besondere Ironie der Geschichte verstehen. Aber auch als Hoffnung, als Versprechen.

© CHAIM NOLL

Veröffentlichung (gekürzt) in DeutschlandArchiv 37, 2004/1, S. 42-57

Anmerkungen, Quellen:

(1) Rede Adenauers im Deutschen Bundestag. zit.nach: Konrad-Adenauer-Stiftung, Jerusalem (Hg.): 40 Jahre deutsch-israelische Beziehungen – eine kraftvolle Partnerschaft mit Zukunft, 12.4.2005, S.3

(2) vgl. Alan Dershovitz, *The Case for Israel*, J.Wiley Publishers, New York 2003, Kapitel 11: Was the Israeli War of Independence Expansionist Aggression?, 13: Did Israel Start the Six-Day-War? oder 15: Was the Yom Kipur War Israel's Fault?

(3) vgl. Evan R.Chesler, *The Russian Jewry Reader*, New York 1974, bes. Kapitel 10 Stalin and the Jews und 11, Soviet Jewry under Khrushchev, und Judd Teller, *The Kremlin, the Jews and the Middle East*, New York 1957

(4) vgl. Chaim Noll, Früchte des Schweigens. Jüdische Selbstverleugnung und Antisemitismus in der DDR, *DeutschlandArchiv Köln*, 7/1989. Zur Kontinuität jüdischen Lebens unerlässliche Rituale wie Beschneidung und *Bar Mizvah* waren in der DDR bis etwa 1987 unmöglich, bis in die achtziger Jahre gab es in der gesamten DDR keinen einzigen Rabbiner oder *mohel*.

(5) Zu den Stasi-Verstrickungen der Jüdischen Gemeinden der DDR vgl. Michael Wolffsohn, *Die Deutschland Akte*, München 1995, besonders Kapitel V

(6) Noll, Früchte des Schweigens, a.a.O., S.769

(7) Wolffsohn, *Deutschland-Akte*, a.a.O., S.339 ff.

(8) Chaim Noll, Fragen nach der deutschen Solidarität mit Israel: Muss ein Jude tot sein, damit man ihn liebt?, *Die Welt*, Bonn 23.3.1991

(9) Chaim Noll, Papst Benedikt XVI. und die Juden, *Mut*, Asendorf, Heft 454 (Juni 2005), S.48 ff.

(10) Die jüdische Gemeinde Köln ist erstmals in einem Edikt Kaiser Konstantins im Jahre 321 erwähnt. Vgl. Ruth Gay, *Geschichte der Juden in Deutschland*, München 1993, S.18f.

(11) Kurt M.Lehner, *Der Traum vom ewigen Frieden*, *Mut*, Asendorf, 9/2003, S.58

(12) Schon die arabische Invasion Europas im 7. Jahrhundert, später die der Türken und 14. wurden durch die Unentschlossenheit und Uneinigkeit europäischer Staaten begünstigt. Zur Vorgeschichte islamischer Einbrüche in Europa vgl. Henri Pirenne, Mohammed and Charlemagne, London 1939, bes.: The Expansion of Islam in the Mediterranean Basin, p.147 ff.

(13) Hanan Ashravi, Jerusalem gehört keinem allein, Mut, Asendorf, 10/1999, S.72

(14) Über das Verschwinden ausländischer Hilfgelder auf Arafats Privatkonten Information des Jerusalemer Journalisten Ulrich W.Sahm (für die Nachrichtenagentur KNA) am 28.2.2003, gestützt auf aktuelle Veröffentlichung der amerikanischen Zeitschrift Forbes, wonach Arafats Privatvermögen zwischen einer halben und 1.3 Milliarden Dollar betrage und somit größer sei als das der englischen Königin. Ähnlich ungewiss der Verbleib deutscher Gelder im Iran: *"Deutschland ist neben Japan der größte Handelspartner des Iran. Dabei sind zur Zeit nicht einmal 50% der laufenden deutschen Investitionen von Teheran bezahlt"*, schrieb bereits 1996 ein deutscher Experte (J.Horchem, Mut, Asendorf, Mai 1996) Beim Zusammenbruch des Regimes von Sadam Husein beliefen sich dessen Schulden bei der Europäischen Union auf rund 27 Milliarden Dollars, auf deren Tilgung 2004 im Sinne eines demokratischen Neubeginns verzichtet wurde.

(15) Ashravi, a.a.O., S.74

(16) Diesen Ansatz versuchte die amerikanische Aussenministerin Rice den Nachfolgern Arafats bei einem Treffen in Berlin klarzumachen, und sie wählte dafür das Beispiel Deutschland: „They said: why can't we jump to final status talks and start negotiating borders? Rice replied: We're sitting in Germany. Its borders were settled in 1991, but by then it was a successful democratic country. That's what you need to think about: building successful institutions of democracy“. Time, 22.11.2004

(17) Interview mit König Abdullah von Jordanien, Newsweek, May 30th, 2005, p.68

(18) Verschiedene arabische Quellen, darunter Mahmoud Abbas (Abu Mazen), vgl. „*Abu Mazen charges that the Arab States are the Cause of the Palestinian Refugee Problem*“, Wall Street Journal, June 5, 2003. Von deutscher Seite eine realistische Stellungnahme durch die CDU-Politikerin Angela Merkel: „*We also noticed that the Arab States hadn't done enough to help the Palestinian refugees (...) Real integration did not take place in the Arab countries, instead the Palestinians were deliberately left to live in refugee camps.*“ vgl. Interview mit Angela Merkel in: Otto R.Romberg (Hg.), „*Fourty Years of Diplomatic Relations between the Federal Republic of Germany and Israel*“, p.180 ff.

(19) Dershovitz, a.a.O. p.84 (Übersetzung Ch.N.)

(20) Edward Said, Interview mit der israelischen Tageszeitung *Ha 'Aretz* am 18.8.2000. Der UN-Teilungsplan ist übrigens nur teilweise vereinbar mit der amerikanisch-britischen Anglo-American Convention, einem Vertrag zwischen den Regierungen der USA und Großbritanniens von 1924, der die Westbank als Bestandteil des Gesamtgebiets (des früheren britischen Mandatsgebiets) betrachtet.

(21) Dershovitz, a.a.O., p.164 (Übersetzung Ch.N.)

(22) idid., p.65

(23) vgl. Hanan Ashrabi, a.a.O.

(24) Lea Fleischmann, Dialog mit einem Schriftsteller. Kritische Auseinandersetzung mit David Grossmans ‚Friedenschronik‘, Frankfurter Jüdische Nachrichten, September 2003

(25) Dershovitz, a.a.O., p.96 f.

(26) Unmittelbar nach Einführung der palästinensischen Autonomie stahlen Muslime die den Samaritanern heilige Torah-Rolle, auf die sich ihre religiöse Identität gründet und die ihnen zugleich, als Pilgerort für ausländische Anhänger und Touristen, den Lebensunterhalt sicherte. vgl. Israel-Jahrbuch 1998, Jerusalem 1998, S.159

(27) Dark Days in Bethlehem. Newsweek, 29.September 2003.

(28) Dershovitz, a.a.O., p.28 (Übersetzung Ch.N.)

(29) Report by His Britannic Majesty's Government to the Council of the League of Nations on the Administration of Palestine and Trans-Jordan for the Year 1937, Colonial No.146, p.223 f. (Übersetzung Ch.N.)

(30) U.N.Security Council, Resolution 242, 22.11.1967, zit.n.Dershovitz, a.a.O., p.97

(31) ibid.

(32) Statt dessen kam es auf dem Arabischen Gipfel in Khartoum zur Annahme der sogenannten „three-nos“-Erklärung: „*No peace with Israel, no negotiations with Israel, no recognition of Israel*“. Die zur gleichen Zeit verabschiedete Palestinian National Charter wies den UNO-Teilungsplan von 1947 und die darauf basierende Gründung des Staates Israel als „*entirely illegal*“ zurück. vgl. Dershovitz, a.a.O. S. 97

(33) Konrad-Adanauer-Stiftung Jerusalem, 40 Jahre deutsch-israelische Beziehungen, a.a.O., S.8

(34) Bereits 1995 konstatierte die englischsprachige israelische Tageszeitung Jerusalem Post, dass die Israel-Berichterstattung führender deutscher Zeitungen, etwa der FAZ, grundsätzlich voreingenommen sei. Vgl. Artikel vom 15.9.1995 „*German Sins Irritate More*“, worin der FAZ „*distortions and nasty innuendos*“ vorgeworfen werden.

(35) z.B. Thomas Mann, der die Staatsgründung aufmerksam beobachtete. Am 29.11.1947, nachdem die UNO beschlossen hatte, das frühere britische Mandatsgebiet „in einen arabischen und einen jüdischen Staat zu teilen“,

schreibt er in sein Tagebuch, die Gründung eines jüdischen Staates "bedeutet zweifellos Schwächung des Antisemitismus".

(36) Der deutsche Publizist Wilhelm Marr (1818-1904), Autor des Buches „Der Judenspiegel“, verwendete das Wort Antisemitismus seit 1879 und gründete eine „Liga der Antisemiten“. Zur gleichen Zeit pseudo-wissenschaftlich, religiös, rassen- oder kulturtheoretisch vorgetragener Juden Hass bei Gobineau, Heinrich von Treitschke, Richard Wagner, Hofprediger Stoecker u.a.

(37) Dershovitz, a.a.O., p.5

(38) Auch weltweit scheint der Holocaust als europäische Affäre zu gelten. So der malaysische Premierminister Mahathir Mohamad 2003 in einer Rede vor islamischen Führern: „*The Europeans killed six million Jews out of twelve.*“ *Time*, 27.10.2003

(39) Auffallende Bereitschaft deutscher Medien, extrem anti-israelische Ansichten israelischer Intellektueller zu verbreiten, etwa die des Jerusalemer Politologen Moshe Zimmermann, der nicht nur Israel mit Nazi-Deutschland, sondern auch die hebräische Bibel mit Hitlers „Mein Kampf“ verglich. „Die Tatsache, dass Professoren der Hebräischen Universität Israel mit den Nazis vergleichen, entfacht die Flammen des deutschen Antisemitismus“, erklärte der Präsident der Berliner Jüdischen Gemeinde, Alexander Brenner, im Januar 2004. Vgl. Ha'aretz, Tel Aviv, 12.2. 2005

(40) Uri Avneri, Shalom, Salaam, Friede, in H.Jahn, G.Scheidler (Hg.), Sieben Tage in Jerusalem, Gerlingen 2002, S.11ff.

(41) Etwa Yoram Kaniuk, dessen Text-Sammlung „Der letzte Berliner“ 2002 in deutscher Übersetzung in München erschien, die hebräische Ausgabe erst 2004

(42) „Stürmer“-Sonderausgabe zum „Reichsparteitag“ der NSDAP 1937, zit.nach Jews of the Luthertown Wittenberg, Catalogue of the Exhibition, Wittenberg 2004

(43) Bis heute gibt es keine verlässliche palästinensische Entität, der man diese Gebiete zusprechen könnte.

(44) Über die Neigung, das Opfer wie selbstverständlich den Juden abzuverlangen, vgl. Natan Sharansky, On Hating the Jews, American Jewish Magazine, Januar 2004: „Im Sommer 2000 bot Barak den Palästinensern fast alles, was ihre Führung forderte. Das Angebot wurde rundheraus abgelehnt, statt dessen begann Arafat seinen Aufstand. Israel unternahm Schritte zur Selbstverteidigung, und Europa entzog ihm dafür sein Wohlwollen. Für viele Juden war dies vollkommen unbegreiflich: hatte Israel nicht alles versucht, um Frieden zu schliessen? Und doch war es leicht zu durchschauen: Europa verhielt sich wie immer. Der Vorwurf galt ‘dem Juden’, da er sich weigerte die Schuld auf sich zu nehmen.“ (Übersetzung Ch.N.)

(45) Ein Beispiel ist der Fall des Politikers Jürgen Möllemann, der als Vorsitzender der Deutsch-Arabischen Gesellschaft mehr und mehr in

antisemitische Haltungen abdriftete, bis zu seinem tragischen Ende nach der Bundestagswahl 2002.

(46) Konrad-Adenauer-Stiftung Jerusalem, 40 Jahre deutsch-israelische Beziehungen, a.a.O., S.5

(47) *ibid.*, S.5

(48) *ibid.*, S.3